

Berichte von anderen Bürgerinitiativen

GROHNDE

Die Bürgerinitiativen Hötter, Bodenwerder, Bad Pyrmont (im WSL), Grohnde, Tündern und Kirchhosen haben am 19.3. von ca. 10-12 Uhr eine Kundgebung gegen das AKW Grohnde durchgeführt. Die Anmeldung für den ebenfalls geplanten Demonstrationszug zum Bauplatz hatten wir zurückgezogen, weil wir es nicht verantworten konnten, daß unsere Mitbürger in gewaltsame Auseinandersetzungen hätten hineingezogen werden können.

Eskalation der Gewalt:

Gewalt ging und geht zunächst davon aus, daß gegen den Willen der Bevölkerung der Bau des AKWs beschlossen und sofort vollzogen wird. Dieses ist in erster Linie dadurch möglich, daß die Landesregierung und die Betreiber sich zu einem gewaltigen Bündnis gegen die Bevölkerung formiert haben. Unsere Versuche, mittels Diskussion, Unterschriftensammlungen, Petition, Erörterung und durch Klage vor Gericht unseren Einwendungen Verhör zu verschaffen, sind ignoriert worden und haben an der Fortsetzung der Bautätigkeit in Grohnde nichts geändert. Der Ausbau des Bauplatzes zu einer Festung und die verschärfte Observierung der Anwohner stellen für uns die nächste Stufe der Gewalt dar. Seit das AKW zwischen Grohnde und Kirchhosen in Bau ist, wissen wir, daß der Atomstaat, wie ihn R. Jungk beschreibt, keine Utopie mehr ist. Nicht zu übersehen war die unnötige Machtdemonstration der Polizei am 12.3. bei der die Menschen unserer Ortschaften durch umgehängte Maschinenpistolen eingeschüchert wurden. Wir verurteilen entschieden die Gewalt, die z.B. von Steinwürfen auf Menschen ausgeht und dadurch, daß man Pferde durch eine Menschenmenge galoppieren läßt. Jede Art von Auseinandersetzung kann durch Propaganda entschieden verschärft werden. So auch hier: Die Polizeibeamten, die am Abend des 19.3. als Ablösung herangebracht wurden, erhielten die Falschinformation, einer ihrer Kollegen sei bei den Auseinandersetzungen getötet worden. Vielleicht ist solche Art von Propaganda nötig, weil jeder einzelne Polizist durch seinen Einsatz die Entscheidungen der Politiker verteidigen muß, die sich schon seit langem aus der Verantwortung zu stehlen suchen. Wer jahrelang Energiepolitik am Bürger vorbei macht, darf sich nicht wundern, daß die Auseinandersetzungen immer radikaler geführt werden, sowohl in Worten, als auch in Taten. Damit wollen wir jedoch niemanden einen Freibrief für Gewalt gegen Menschen aushändigen.

Der vorerst letzte Akt in diesem Drama scheint in den Reaktionen einiger Politiker erkennbar zu sein: Erneute Eskalation der Gewalt, z.B. Verbote, Einschränkungen, Änderung der Polizeiausbildung, Verschärfung von Strafbestimmungen... Albrecht und seine Komplizen:

Ministerpräsident Albrecht hat die Bürgerinitiativen als "Komplizen der Gewalt" diffamiert. Er möchte die sogenannten echten Bürgerinitiativen für sich selbst als "Kulisse" benutzen, um davor den treusorgenden Landesvater zu spielen. Wir lassen uns nicht dazu mißbrauchen, denn wer vorgibt, die Sorgen der Bürgerinitiativen zu teilen, gleichzeitig jedoch Atomenergie für unverzichtbar erklärt, handelt unmoralisch und unmoralisch! Wir befürchten, daß durch diese Äußerungen die Bürgerinitiativen insgesamt diskriminiert werden sollen. Könnte es sein, daß sich unsere Landesregierung auf diese Weise nicht nur der BIs gegen Atomkraftwerke entledigen will, sondern auch der lästigen Bürgerinitiativen gegen die niedersächsische Kreis- und Gebietsreform?

gez. Lehmkuhl
Pressesprecher

HAMELN

Offener Brief an Herrn Albrecht

Durch Sie sind öffentlich und in Äußerungen gegenüber einzelnen Personen unter anderem die Behauptungen aufgestellt worden:

1. Das Mitglied der Bürgerinitiative Hameln, Herr Stefan, sei Führer einer verbrecherischen Organisation, die wesentlich verantwortlich ist für die Aktion am 19.3.77,

2. die Bürgerinitiative Hameln habe terroristischen Gruppen den Weg ins Weserbergland geöffnet.

Es handelt sich hierbei um unbewiesene, weil unbeweisbare Behauptungen, die darauf abzielen, die Arbeit der Bürgerinitiative Hameln zu diskriminieren. Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, das wir uns von jemandem, der sich vorstellen könnte, Forderungen seien in einer konkreten Situation denkbare Maßnahmen zur Zeugenvernehmung, nicht bereit sind, als Verbrecher bezeichnen zu lassen (vergl. Ihre Aussagen in der Tagesschau vom 19.3.) Zumal, wenn es sich um den Ministerpräsidenten eines Landes handelt, in dem wir leben. Wenn Sie uns heute als Verbrecher und Terroristen bezeichnen, wie gedenken Sie uns dann morgen zu behandeln. Als Bürgerinitiative scheuen wir nicht die öffentliche Auseinandersetzung. Darum haben wir es auch nicht nötig, Verleumdungen anzuwenden. Die Tatsachen sprechen für uns.

Wir fordern Sie, Herrn Albrecht oder Herrn Innenminister Groß, zu einer öffentlichen Diskussion in Hameln auf, in der Sie die Möglichkeit hätten, Ihre Behauptungen zu widerrufen, oder zu belegen.

Wir möchten nicht, daß diese Diskussion aus Gründen Ihres sicherlich belasteten Terminkalenders scheitert. Wir bitten Sie, einen Zeitpunkt zu nennen, der Ihr persönliches Erscheinen ermöglicht. Da Sie es gewesen sind, der mit unwahren Behauptungen sehr schnell in die Öffentlichkeit gegangen ist,

Behauptungen sehr schnell in die Presse gegangen ist, erwarten wir von Ihnen eine baldige Antwort.

Dieser offene Brief wurde vom Plenum der Hamelner Bürgerinitiative am 28.3. einstimmig verabschiedet.

In eigener Sache

Unter dieser Rubrik soll anderen Bürgerinitiativen die Gelegenheit gegeben werden Berichte, Informationen, Meinungen zu veröffentlichen. Dabei ist auch ganz besonders an den Regionalbereich Göttingens gedacht. Wir hoffen, daß dieses Angebot auch von den vielen kleineren Initiativen aufgegriffen wird.

REDAKTIONSSCHLUß FÜR DIE NÄCHSTE
NUMMER IST DER 15.5.77. (für Terminankündigungen der 20.5.77)

KIRCHHOSEN

Regionalkonferenz der örtlichen Bürgerinitiativen in Kirchhosen am 2.4.77

Die Initiativen Grohnde, Kirchhosen, und Tündern nahmen an der Konferenz nicht teil, weil sie sich zur Zeit neu formieren. Es bestehen starke Meinungsverschiedenheiten über den 19.3. Die Trennung vom WSL ist vollzogen.

Einschätzung der Konferenz:

Die Konferenz der örtlichen BIs wertet den 19.3. als Erfolg. Für die nahe Zukunft sollte man von militanten Aktionen abkommen, weil sich dadurch im Moment weder die Bewegung verbreitern läßt, noch ein praktischer Erfolg erzielt läßt. Der Schwerpunkt der Arbeit soll auf sachliche Information über die Kernenergie und die Herstellung einer Gegenöffentlichkeit zu den Kriminalisierungsversuchen der Gegenseite liegen.

Beschlüsse der Konferenz:

- Zeitung: In Göttingen wird in ca. 2 Wochen die Null-Ausgabe einer Anti-AKW-Zeitung für den Raum Südniedersachsen erscheinen. Redaktion: Erich Schünemann, Groner Landstr. 51, 3400 Göttingen, Tel.: 0551/ 65662
- Osterspaziergang: Die örtlichen BIs erwarten, daß über die Osterfeiertage viele Menschen am oder in der Nähe des Baugeländes sein werden. Verschiedene BIs werden deshalb an den Ostertagen Infostände, Straßentheater usw. am Bauplatz organisieren. Eine übergeordnete Planung dazu findet nicht statt. Es wird auf den Einfallstreichtum und die Spontaneität vertraut.
- Anti-AKW-Woche: Die BIs in Hannover planen für die letzte Aprilwoche eine Anti-AKW-Woche. Möglichst viele BIs sollten ebenfalls zu diesem Zeitpunkt eine Informationswoche durchführen. Kontaktadresse: UJZ Hannover, Kornstraße, Tel.: 0511/ 71533
- Zum 1. Mai: Alle BIs sollten einen starken Block zu den Kundgebungen bilden. Schwerpunkt der Reden/Informationen ist die Stellung der Gewerkschaften zu AKWs; insbesondere die Frage der Arbeitsplätze.
- Pfingstlager: Es ist ein großes Zeltlager in der Nähe des Bauplatzes und eine Vielzahl von Aktionen, Gaudi usw. geplant. Die Organisation übernimmt vorläufig Göttingen/Bad Pyrmont. Kontaktadresse: Karin Kohls, Bad Pyrmont, Bombergallee 15, Tel.: 05281/ 10385. Am 14. Mai findet in Kirchhosen um 16 Uhr eine Vorbereitungsveranstaltung statt, zu der alle interessierten BIs eingeladen sind.

Klage Hameln.

Anfang April hat eine Gruppe von Freiburger Rechtsanwälten, die auch an der erfolgreichen Klage auf Baustop für das AKW Wyhl beteiligt waren, im Auftrag der Stadt Hameln beim Verwaltungsgericht Hannover Klage gegen den Bau des AKWs Grohnde erhoben. Die Begründung der Klage stützt sich auf folgenden Punkte:

- Messungen für radioaktive Einwirkungen auf die direkte Umgebung des AKWs sind nicht durchgeführt worden.
- Die Berstsicherheit des Reaktordruckgefäßes ist nicht gewährleistet.
- Das Entsorgungsproblem, also die Frage, wohin mit dem Atomüll, ist nicht gelöst.

Am Samstag, den 12.3. hatten Mitglieder der Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke Lübeck in der Innenstadt einen kleinen AKW-Platz aufgebaut, der Passanten einen Eindruck von den Auseinandersetzungen um das geplante AKW Grohnde vermitteln sollte. Ein Teil der Straße wurde mit Drahtzaun abgeriegelt, von innen durch gespielte Polizisten und NWK-Werkschutzleute "beschützt" und öfters von AKW-Gegnern angegriffen. Zwischendurch wurde über Megaphon auf Gefahren durch Kernenergieanlagen hingewiesen. Die Aktion wurde ständig von einer großen Menschenmenge beobachtet.

Plötzlich wurde aus dem Spiel Ernst. Echte Polizisten tauchten auf und nahmen den AKW-Gegnern 2 Megaphone ab. Ohne Aufforderung die Durchsagen über Megaphone zu unterlassen. Ohne Erklärung und ohne eine Quittung über die Beschlagnahme auszustellen.

Als hiergegen protestiert wurde und am Polizeivagen die Herausgabe der Megaphone verlangt wurde, öffneten die Beamten die Wagentüren und versprühten gegen nahe Beistehende das Kampfgas "chemische Keule". Dabei wurden schwere Augenverletzungen in Kauf genommen. 4 AKW-Gegner und sogar ein Kind wurden verletzt!

Wenig später formierten sich mehr als hundert Menschen zu einem spontanen Protestzug vor die Mengwache. Sie verlangten die Herausgabe der beschlagnahmten Megaphone. Eine Delegation wurde gar nicht erst in die Wachstube gelassen, sondern sofort vor dem Eingang der Mengwache weggeprügelt. Darauf zog sich die Demonstration wieder auf die Straße zurück, um die begonnene Aktion fortzusetzen.

Nach Bekanntwerden der Vorfälle marschierten plötzlich etwa 30 Polizisten in der Straße auf. Sie suchten offenbar einen erneuten Anlaß, um gegen die Atomkraftgegner vorzugehen. Diesen Anlaß lieferte ein Mitglied der "Jungen Union", indem es einen angeblich an der Aktion beteiligten denunzierte. Der wurde gestellt und in den Magen geschlagen und im Polizeigriff zur Megwache abgeführt. Dort verlangte der Festgenommene einen Anwalt und erhielt zur Antwort: "Das sagt hier jeder" sowie 2 Schläge in den Magen. Er wurde "Wichser" genannt und mehrfach in einer Zelle geschlagen. Nach diesem unglaublichen Vorfall versammelten sich vor der Megwache weit über hundert Leute, die die Freilassung des Verhafteten verlangten. Viele Passanten blieben stehen und wurden Augenzeugen der nun folgenden Überfälle der Polizei.

Auf einen Fotografen, der die erste Festnahme gefilmt hatte, wurde gezeigt, er wurde von mehreren Beamten gegriffen und nun selbst in die Mengwache geschleppt, wo ihm zuerst Prügel androht wurden. Die Personalien wurden festgehalten und ein Film beschlagnahmt - offenbar in der Absicht, Bildmaterial über die erste Festnahme und das Auftreten der Polizei zu vernichten. Es fielen Sprüche wie: "Das Volk da draußen hätte man früher vergast!"

Ohne jeden Anlaß stürmten Polizisten auf die vor der Wache wartenden Menschen los und trieben sie mit Gummiknüppeln vor sich her. Ein zweiter Fotograf wurde gegriffen und zur Wache zurückgezerrt. Im Eingangsflur wurde er mit Knien gestoßen. Kaum war er zu Boden gefallen, fielen zwei Staatsschützer über ihn her und versuchten, gezielt in sein Gesicht zu schlagen. Auch in diesem Fall wurden die Personalien festgehalten und der Film beschlagnahmt. Bei diesem Einsatz wurden zwei Frauen in einen Hausflur gedrängt. Eine wurde von einem Polizisten gewürgt und die andere von

Hamburger Initiative Kirchlicher Mitarbeiter & Gewaltfreie Aktion

Kein AKW mit unserem Geld!

Grundsätzliches

Wir halten es mit unserem Gewissen nicht für vereinbar, mit der Bezahlung unserer Stromrechnung den Bau von Atomkraftwerken mit zu finanzieren. Die HEW/NWK sagen zu Unrecht auf den Schildern am Bauzaun, daß dort "Unser Kraftwerk Brokdorf" entstünde. Es ist nicht unser Kraftwerk, und dafür, daß dort mit Hilfe unseres Geldes ein AKW entstehen soll, hat die HEW/NWK nicht unser Einverständnis. Die Mitfinanzierung dieses Baus ist uns aufzuzwingen. Die HEW/NWK hat die Geschäftsgrundlage verlassen, wenn sie Strom liefert, dessen Herstellung von uns nicht verantwortet werden kann.

Verweigerung aus Gewissensgründen

Wir verweigern darum der HEW als dem für uns zuständigen Stromlieferanten die Zahlung des Teils unserer Stromrechnung, der von der HEW zur Finanzierung von Atomenergie verwandt wird. Zugleich verweigern wir den Anteil, der von der HEW zur Werbung für vermehrten Stromverbrauch ausgegeben wird. Denn eine Werbung, die für zusätzlichen Stromverbrauch wirbt, obwohl dessen Herstellung Gefahren für uns, unsere Kinder und den Gesamtzusammenhang der Natur bringt, halten wir für fahrlässig und sind wir nicht bereit zu finanzieren. Darüber hinaus: Die Werbung für vermehrten Stromverbrauch von seiten eines Unternehmens, das öffentlich die Sorge äußert, unter bestimmten Umständen würden in den 80iger Jahren die Lichter ausgehen, halten wir für unverantwortlich bzw. unredlich und sind wir aus diesem Grunde nicht bereit zu finanzieren.

Gleichzeitig mit unserer Weigerung, die Kosten für eine solche Werbung tragen zu wollen, fordern wir die Bundesregierung und die Parteien auf, darauf hinzuwirken, daß in der Bundesrepublik Werbung für vermehrten Energieverbrauch gesetzlich verboten wird.

Welchen Anteil verweigern wir und was geschieht mit dem Geld?

Als Zeichen des Widerspruchs und Protests verweigern wir 10 Prozent unseres Stromrechnungsbetrages. Diese symbolische Summe halten wir zurück bis

- die HEW ihre Werbung für erhöhten Energieverbrauch einstellt,
- die HEW aufhört, mit unserem Geld AKWs zu finanzieren,
- die HEW sicherstellt, daß sie uns Strom liefert, dessen Herstellung vor unserem Gewissen verantwortet

einem losgelassenen Polizeihund gebissen.

Auf einen Jugendlichen, der in der Nähe der Wache stand, stürmte völlig unerwartet einer der Beamten los und hieb ihm mehrmals mit seinem Gummiknüppel ins Gesicht, bis der Geschlagene zusammenbrach.

Einem Mädchen wurde nach den Vorfällen vor ihrer Haustür aufgelauert, wo zwei Polizisten sie aufforderten, den Film aus ihrem Fotoapparat zu belichten, da sie angeblich den Polizeieinsatz fotografiert habe. Der Film sollte also nicht beschlagnahmt, sondern vernichtet werden. Wir fragen uns: Warum hat die Polizei vor Fotomaterial über ihre Einsätze solche Angst?

werden kann.

Bis dahin überweisen wir jeweils von unserem Stromrechnungsbetrag 10 Prozent auf ein Treuhandkonto bei der Hinterlegungsstelle des Amtsgerichts bzw. auf ein Treuhandkonto eines Notars.

Wann beginnen wir?

Wir haben den ersten Schritt bereits getan. Die Kündigung unserer Abbuchungsermächtigung ist am 18. 2. 77, dem Vorabend der Demonstrationen in Itzehoe und Brokdorf, mit der Post an die HEW hinausgegangen. Der zweite Schritt - die faktische Verweigerung - beginnt mit dem nächsten Teilzahlungstermin. Vom April an überweisen wir nur 90 Prozent an die HEW, 10 Prozent auf das Treuhandkonto.

Stromabschaltung?

Nach unserer Auffassung ist die HEW zu keinem Zeitpunkt berechtigt, uns total den Strom abzuschalten, da wir 90 Prozent des Rechnungsbetrages auch weiterhin bezahlen. Die juristische Seite ist aber nicht der eigentliche Schwerpunkt unserer Aktion. Dieser liegt für uns auf der ethischen und auf der politischen Ebene. Unserer Einschätzung nach wird es der HEW umso schwerer werden, unseren Protest und zivilen Ungehorsam mit juristischen Argumenten abtun zu können, und wird sich die HEW umso eher der politischen und ethischen Verantwortung stellen müssen, je mehr Leute in gleicher Weise Widerstand leisten.

Darum bitten wir alle Gruppen, die in gleicher Sache aktiv sind oder werden wollen, mit uns Kontakt aufzunehmen, damit Erfahrungen ausgetauscht und Absprachen über gegenseitige Hilfeleistungen getroffen werden können.

Kontakt:
Initiative kirchlicher Mitarbeiter & Gewaltfreie Aktion

c/o Wolfgang Hertle
Großer Schippsee 28

2000 Hamburg 90

Einzelpersonen, die sich wie wir zu einer teilweisen Verweigerung ihrer Stromzahlungen genötigt sehen oder uns unterstützen möchten, bitten wir ebenfalls um Kontaktaufnahme.

v. i. S. d. P.: Volker Schmidt, Seestück 7, 2000 Hamburg 62

In Göttingen beschäftigt sich die Arbeitsgruppe Gewaltfreier Widerstand des Arbeitskreises gegen Atomenergie mit dem Stromzahlungsboykott. Interessenten melden sich am Büchertisch oder im Büro!

Klage gegen Grafenreinfeld

Die Klagen der Stadt Schweinfurt, der Gemeinde Bergrheinfeld, sowie dreier Privatpersonen gegen die vom bayrischen Umweltministerium erteilte Errichtungsgenehmigung des AKWs Grafenreinfeld im Landkreis Schweinfurt ist vom Verwaltungsgericht Würzburg am 12. 4. 77 zurückgewiesen worden. Die Begründung der Abweisung der Anfechtungsklage, in der in erster Linie Sicherheitsbedenken geltend gemacht wurden, wird voraussichtlich Ende Mai erfolgen.